

Mai zeitung 2010

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Prof. Dr. Christoph Butterwegge: 5 Jahre Hartz IV

Eine kritische Bilanz

Mit dem vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt waren einschneidende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden. Hartz IV markierte nicht bloß eine historische Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland, sondern es steht als Symbol für die Transformation des Sozialstaates, für seine Umwandlung in einen Minimalstaat, der Langzeitarbeitslose gemäß dem Motto „Fördern und fordern!“ zu „aktivieren“ vorgibt, sich aber aus der Verantwortung für ihr Schicksal weitgehend verabschiedet. ...

Einerseits zeitigte das Gesetzespaket negative Verteilungseffekte im untersten Einkommensbereich, andererseits wandelten sich durch Hartz IV auch die Struktur des Wohlfahrtsstaates (Abschied vom Prinzip der Lebensstandardsicherung), die politische Kultur und das soziale Klima der Bundesrepublik. Mit dem, was gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen als „Verfolgungsbetreuung“ charakterisieren, wurde der Kontrolldruck auf (potenzielle) Leistungsbezieher/innen spürbar erhöht sowie eine Verletzung der Privat- und Intimsphäre durch „Sozialdetektive“ vorprogrammiert. Hartz IV hat also sehr viel mehr bewirkt, als gesetzlich zu verankern, dass Millionen frühere und potenzielle Arbeitslosenhilfe-Empfänger/innen seither weniger Geld erhalten.

Ausweitung des Niedriglohnssektors

Durch die Umsetzung des ... Konzepts der sog. Hartz-Kommission (Auswei-

tung nicht nur „haushaltsnaher“ Mini-Jobs sowie der Leih- bzw. Zeitarbeit) hat der Niedriglohnsektor enorm an Bedeutung gewonnen. Den armen Erwerbslosen, die das Fehlen von oder die unzureichende Höhe der Entgeltersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückwirft, treten massenhaft erwerbstätige Arme zur Seite. Längst reichen selbst viele Vollzeitbeschäftigten (besonders in Ostdeutschland) nicht mehr aus, um „eine Familie zu ernähren“, sodass man einen oder mehrere Nebenjobs übernimmt und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (schwarz) weitergearbeitet wird.

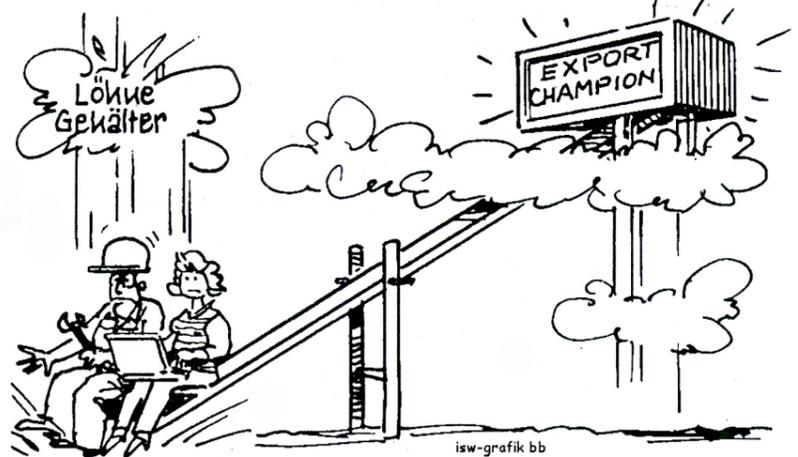
Hartz IV sollte nicht bloß durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt der Staatshaushalt entlasten, sondern auch durch Einschüchterung der Betroffenen mehr „Beschäftigungsanreize“ im Niedriglohnbereich schaffen. Man zwingt sie mit Hilfe von Leistungskürzungen, schärferen Zumutbarkeitsklauseln und Maßnahmen zur Überprüfung der

„Arbeitsbereitschaft“ (vor allem sog. 1-Euro-Jobs), fast jede Stelle anzunehmen und ihre Arbeitskraft zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die (noch) Beschäftigten und die Angst in den Belegschaften vermehrt. Dass heute selbst das Essen von Frikadellen und die Einlösung von Pfandbons im Wert von 1,30 Euro als Kündigungsgründe erhalten müssen, zeigt zusammen mit der Bespitzelung von Betriebsrät(inn)en in großen Konzernen, wie sich die Arbeitswelt verändert hat.

Da trotz des irreführenden Namens „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ auch immer mehr (voll) Erwerbstätige das Alg II als sogenannte Aufstocker, d.h. im Sinne eines „Kombilohns“ in Anspruch nehmen bzw. nehmen mussten, um leben zu können, etablierte Hartz IV ein Anreizsystem zur Senkung des Lohnniveaus durch die Kapitalseite. Ein staatlich subventionierter Niedriglohnsektor vermehrt die Armut, statt auch nur ansatzweise zur Lösung dieses Kardinalproblems

beitragen. Mittlerweile hat die Bundesrepublik unter den entwickelten Industriestaaten den breitesten Niedriglohnkorridor nach den USA. Trotz des im Wesentlichen konjunkturell bedingten Rückgangs der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit leiden

des zurückliegenden Konjunkturaufschwungs, im März 2007, lebten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit fast 1,929 Mio. Kinder unter 15 Jahren (von knapp 11,5 Mio. dieser Altersgruppe insgesamt) in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, die landläu-



heute in der Bundesrepublik wahrscheinlich mehr Menschen unter prekären Arbeits- und Lebensbedingungen als vor dem 1. Januar 2005.

Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland

Da die Zumutbarkeitsregelungen mit Hartz IV erneut verschärft und die Mobilitätsanforderungen gegenüber (Langzeit-)Arbeitslosen noch einmal erhöht wurden, haben sich die Möglichkeiten für Familien, ein geregeltes, nicht durch permanenten Zeitdruck, Stress und/oder räumliche Trennung von Eltern und Kindern beeinträchtigt Leben zu führen, weiter verschlechtert. Auf dem Höhepunkt

fig „Hartz-IV-Haushalte“ genannt werden. Rechnet man die übrigen Betroffenen – Kinder in Sozialhilfehaushalten, in Flüchtlingsfamilien, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ein Drittel weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von sog. Illegalen, die gar keine Transferleistungen beantragen können – hinzu und berücksichtigt außerdem die sog. Dunkelziffer – d.h. die Zahl jener eigentlich Anspruchsberechtigten, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II stellen –, leben etwa 2,8 Millionen Kinder, d.h. mindestens jedes fünfte Kind dieses Alters, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. ... Fortsetzung auf Seite 2

Tarifflicht ist Diebstahl

Pressezensur bei Echo und Main-Spitze in Rüsselsheim

Im Zuge des neuen Druckzentrums von Verlagsgruppe Rhein-Main und Medienhaus Südhessen kommt es zu einem massiven Arbeitsplatzabbau in der regionalen Druckindustrie. Nur noch zweihundert Beschäftigte werden benötigt, um die Arbeit der einstmaligen 150 Darmstädter und 300 Mainzer Drucker, Helfer, Aushilfen sowie Beschäftigten der Betriebsinstandhaltung und Weiterverarbeitung zu verrichten. Doch damit nicht genug: Der neue Rüsselsheimer Betrieb soll tariffrei sein und bleiben. In die neue Belegschaft übernommene Beschäftigte verlieren ihre langjährigen Ansprüche, die Altbelegschaften werden mit Sozialplänen abgespeist. Diese Praxis wurde nun auch vom Kreistag und von der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung kritisiert. Ein gleichlautender von „Die Linke/Liste Solidarität“ (Rüsselsheim) und „Die Linke OL“ (Kreistag) eingebrachter Resolutionsentwurf fand in beiden Versammlungen eine Mehrheit.

„Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert die Verleger von Rüsselsheimer Echo und Main-Spitze, das Medienhaus Südhessen und die Verlagsgruppe Rhein Main auf

- für ihr gemeinsames Druckzentrum im Gewerbegebiet Blauer See die Gültigkeit der Tarifverträge der Druckindustrie zu akzeptieren,
- den ca. 450 bisherigen Beschäftigten in Mainz und Darmstadt bevorzugt Arbeitsplätze im neuen Druckzentrum anzubieten und
- Sozialtarifverhandlungen aufzunehmen.“



„Echo“-Mitarbeiter protestieren bei der Grundsteinlegung des neuen Druckzentrums Rhein-Main in Rüsselsheim-Königsstädten.

Über diese Resolution, die jeweils von einer Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken unterstützt und verabschiedet wurde, fand sich in den Zeitungen der betroffenen Verlage kein Wort. Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis und auch die Beschäftigten beider Zeitungen wurden nicht darüber informiert, dass eine Mehrheit des Groß-Gerauer Kreistages und der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung das Vorgehen der beiden Verlagshäuser massiv kritisiert hat. Es ist mehr als bedenklich, wenn Zeitungen, die für sich in Anspruch nehmen „überparteilich“ zu sein, ihren Leserinnen Informationen vorenthalten, die unsoziales Geschäftsgebahren ihrer Eigner kritisieren. Hier wird nicht nur Politik auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht, hier wird auch die Pressefreiheit beschädigt.

1. Mai-Kundgebung in Rüsselsheim 10 Uhr, Marktplatz

Armin Gross, 1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle, spricht zur aktuellen Lage und zur Opel-Situation, Ingrid Reith für das „Bündnis für soziale Gerechtigkeit“, Heinz-Jürgen Krug für die EDS/HP-Vertrauenskörperleitung Rolf Strojec für die Initiative Stolpersteine „Friedenshaus-Barisevi“: Musik & Gesang

Direkt im Anschluss in der Grabenstrasse 16: Gemeinsame Verlegung eines „Stolpersteins“ für den Opel-Arbeiter und Widerstandskämpfer Oskar Jülich, vom Naziregime verfolgt.

Die Maifeier 2010 beginnt ab 13 Uhr im Naturfreundehaus hinter dem Waldschwimmbad – mit der Gesangsformation „Cappellini“ aus Rüsselsheim und dem neuen „Naturfreunde-Chor“!

Essen & Trinken, Kaffee & Kuchen erwarten uns – und viele nette Kolleginnen und Kollegen.

Vorabendveranstaltung am 30. April 2010, 19.30 Uhr

Konversionsvorstellungen in der Automobilindustrie
Kostet die Autokrise 100.000 Jobs?

Stadthalle Rüsselsheim, Konferenzraum
Vortrag und Diskussion mit
Winfried Wolf, Verkehrsexperte, Journalist,
Politikwissenschaftler



Hartz IV trug durch das Abdrängen der Langzeitarbeitslosen samt ihren Familienangehörigen in den Fürsorgebereich dazu bei, dass Kinderarmut „normal“ wurde, was sie schwerer skandalisierbar macht. ... Die finanzielle Lage von Familien mit Alti-Empfänger(inne)n verschlechterte sich durch den Übergang zum Alg II, was erhebliche materielle Einschränkungen für betroffene Kinder einschloss. Betroffen sind auch diejenigen Kinder, deren Väter aufgrund ihres gegenüber der Arbeitslosenhilfe niedrigeren Arbeitslosengeldes II keinen oder weniger Unterhalt zahlen (können), denn die Unterhaltsvorschusskassen bei den Jugendämtern treten nur maximal 6 Jahre lang und auch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes ein.

Die Situation von Frauen und Müttern

Nicht nur die materielle Situation, sondern auch die Position von Frauen und (alleinerziehenden) Müttern auf dem Arbeitsmarkt hat sich verschlechtert. Die sog. Mini- und Midi-Jobs übernehmen größtenteils Frauen. „Haushaltsnahe Dienstleistungen“, die sie erbringen sollen, heißt im Wesentlichen, dass ihnen Besserverdienende, denen dafür nach einem vorübergehenden Wegfall des sog. Dienstmädchenprivilegs nun auch wieder Steuervergünstigungen eingeräumt werden, geringe (Zu-)Verdienstmöglichkeiten als Reinigungskraft oder Haushälterin bieten. Ist die „Mini-Jobberin“ mit einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verheiratet, braucht sie wegen der kostenfreien Familienmitversicherung keine Krankenkassenbeiträge zu entrichten. Um die vollen Leistungen der Rentenversicherung in Anspruch nehmen zu können, muss eine (Putz-)Frau jedoch ergänzende Beiträge zahlen. Selbst dann lässt sich Altersarmut kaum vermeiden. Gleichzeitig vergrößert sich der Abstand zwischen den Altersrenten von Männern und Frauen weiter zu Lasten der Letzteren.



Eine soziale Grundsicherung, wie sie das Arbeitslosengeld II laut Gesetztext sein möchte, muss vor Armut schützen, damit sie diesen Namen verdient. Das kann man in Anbetracht der äußerst niedrigen Regelleistungen beim Alg II allerdings nicht behaupten. Mehr qualifizierte Arbeitsplätze mit ausreichend hohen Löhnen bzw. Gehältern, ein dichtes Netz öffentlicher (Ganztags-) Kinderbetreuungseinrichtungen und Gemeinschaftsschulen bilden den Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Wir danken Prof. Dr. Christoph Butterwegge für die Erlaubnis zum Abdruck. Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt erschienen ist sein Buch „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2009).

Armes Rüsselsheim

Das unbemerkte „AUS“ für Stadtgärtnerei und Psychologische Beratungsstelle



Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden ist beängstigend. Der Einbruch der Einnahmen ist durch die Bundespolitik hausgemacht. Eine Studie von ver.di Hessen beweist, dass ca. 50 Milliarden Mindereinnahmen jährlich auf Grund von Steuersenkungen anfallen. Die Kommunen sparen seit Jahren und sind doch chancenlos bei dem Versuch, keine weiteren Schulden anzuhäufen. Jetzt droht eine qualitativ neue Sparwelle und schon die Bezeichnungen der Sparvorhaben lassen schlimmes für die EinwohnerInnen erwarten.

Schweineliste, Tränenliste und Giftliste kein Ausweg

Die Vorhaben, wie Dortmunds „Schweineliste“, Duisburgs „Tränenliste“ oder Mühlheims „Giftliste“ haben eines gemeinsam, unverzichtbare Dienstleistungen und Arbeitsplätze werden abgebaut. Wo es noch Jugendzentren und Seniorentagesstätten gibt, werden sie geschlossen, Bäder, Sportanlagen und Stadtbüchereien werden ebenfalls geschlossen. Aber auch Kitas, Schulen und Theater stehen auf der Streichliste ebenso wie Vereinsförderung und alle denkbaren Sozialeinrichtungen.

OB Gieltowski erklärt als Präsident des Hessischen Städtetages sein Rezept: Eintrittspreise erhöhen, Einrichtungen schließen und Privatisierung, z.B. in der Grünpflege. Dabei wissen alle Kommunalpolitiker, dass die Finanzprobleme der Kommunen mit diesen Ansätzen noch nicht mal ansatzweise gelöst werden können.

Magistrat vernichtet Dienstleistungen

Auch in Rüsselsheim arbeitet der Magistrat, unterstützt durch externe Berater, an einem Dienstleistungsvernichtungsprogramm und handelt parallel. Nahezu unkommentiert werden Dienstleistungen, wie die Anzucht in der Stadtgärtnerei und die Psychologische Beratungsstelle für Kindertagesstätten weggespart und

man erzielt damit einen fragwürdigen und kaum bezifferbaren Spareffekt. Ein Ziel des Magistrates ist es offensichtlich, die RüsselsheimerInnen durch Dienstleistungsabbau auf „Bescheidenheit und Verzicht“ zu trimmen.

Demokratische Offenheit unter Beteiligung von Beschäftigten, EinwohnerInnen und Kommunalpolitik ist angesagt!

Der stillschweigende Dienstleistungsabbau ist nicht zu tolerieren und der Magistrat muss mit seinen Vorhaben die Ebene der „Geheimpolitik“ verlassen und mit Beschäftigten, EinwohnerInnen und Kommunalpolitikern in einen Dialog treten.

Perspektiven für handlungsfähige Kommunen

Die Kommunen können sich aus eigener Kraft nicht mehr aus der Schuldenbelastung befreien. Sie benötigen zur Krisenbewältigung eine „Badcity“ bei der Bundesregierung, die angefallene Schulden übernimmt und in einem gleichzeitigen Schritt eine Verbesserung ihrer Finanzkraft, um ihre Handlungsfähigkeit auf Dauer zu garantieren.

Die Psychologische Beratungsstelle für Kindertagesstätten

In den Rüsselsheimer Kindertagesstätten gibt es zurzeit ca. 70 Integrationsmaßnahmen. Die Stadt erhält hierfür Zuschüsse von rund 690000 €.

Berufliche Perspektiven für Frauen



Frauen, die beruflich (wieder)einsteigen wollen, stehen vor großen Herausforderungen: Keine oder nur geringe Berufserfahrung, keine oder veraltete Berufsqualifikationen, mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten, geringe zeitliche und räumliche Flexibilität und bei Frauen mit Migrationshintergrund zum Teil nicht ausreichende Deutschkenntnisse. Hinzu kommt ein Arbeitsmarkt, der nur wenige sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen bietet, wenig Arbeitsangebote für gering Qualifizierte, Schichtarbeit - insbesondere durch ausgeweitete Ladenöffnungszeiten - und verstärkt schlecht bezahlte Mini-Jobs. Das macht es nicht leicht für unsere oft sehr motivierten Klientinnen. Oben genannte Strukturen gelten für alle Frauen unabhängig davon, wie alt sie sind, ob sie verheiratet sind oder welcher Nationalität sie angehören. Verstärkt werden diese, wenn die Frauen Mütter sind, wenn sie alleinerziehend sind, wenn ihr Selbstwertgefühl aufgrund der mangelnden gesellschaftlichen Wertschätzung der Familienarbeit gering ist, wenn sie älter mit einer langen Berufsunterbrechung sind, wenn sie Migrationshintergrund haben. Das zeigt sich insbesondere bei unseren Klientinnen im ALG II-Bezug. In der Amtssprache wird hier von Arbeitsmarktferne und multiplen Vermittlungshemmnissen gesprochen. Was brauchen Frauen, um (wieder) einzusteigen, was kann sie unter-

stützen? Es gibt einfache Antworten wie die Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, die Unterstützung bei häuslicher Pflege oder passgenaue Weiterbildungsmöglichkeiten. Was die Frauen aber ebenso benötigen sind eine gute professionelle Unterstützung in Form von Einzelberatung und Coaching sowie Orientierungskurse, in denen sie gemeinsam mit anderen Frauen berufliche Perspektiven und deren Umsetzungsmöglichkeiten entwickeln. Und sie lernen andere Frauen kennen und können sich gegenseitig unterstützen. Sinnvoll ist auch ein begleitetes Praktikum, um sowohl den Berufswunsch und die vorhandenen Kompetenzen zu überprüfen, als auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu testen. Nicht zuletzt gelingt hier auch ein Kontakt zu potentiellen Arbeitgebern.

Es ist kein leichter Weg für unsere Klientinnen, aber mit Unterstützung können sie ihre vorhandenen Stärken und Bewerbungsstrategien verbessern und somit ihren Anteil am beruflichen Wiedereinstieg leisten. Ansonsten ist dann die Frauen- und Arbeitsmarktpolitik gefragt.

Ilsemarie Köpe und Carmen Größ

Frauenzentrum Rüsselsheim
Darmstädter Straße 101
65428 Rüsselsheim
06142/965757
website: www.frauenzentrum.de

Zu den Aufgaben der Beratungsstelle gehören:

- Betreuung des Kindes in der Kita
- Psychologische Diagnostik des Kindes
- Beratung der Eltern
- Einzelintegration
- Leistungen im Präventivbereich
- Erstellung von Gutachten, Stellungnahmen

Der Magistrat gibt (Beschluss vom 18.2.2010) die Psychologische Beratungsstelle auf und verzichtet auf die Leistungen Diagnostik und Therapie. Die fachliche Begleitung von Integrationsmaßnahmen wird für 21000 € privatisiert.

Die Stadtgärtnerei

Sie ist ein Traditionsbetrieb der Stadt. Zu den Aufgaben der Stadtgärtnerei gehören:

- Ausbildung,
- Anzucht der Pflanzen für die städtischen Grünanlagen,
- Floristik und Dekoration für Vereine, Stadt, Ehrungen usw.,
- Pflanzengestaltung für Veranstaltungen, Vereine usw.,
- Innenstadtbegrünung
- Innenraumbegrünung für öffentliche Gebäude

Die drastischen Personaleinsparungen im Arbeiterbereich wirken sich sichtbar auf das Stadtgrün aus. Grünflächen verwildern, verdrecken und verunkrauten zunehmend. Notwendige Baumarbeiten werden nicht durchgeführt. Es wird die Verwahrlosung verwaltet, dies aber mit Hingabe. Die Sparmaßnahmen gehen an die Substanz. Wenn die notwendigen Grundlagen für die Ausführung der Arbeit nicht gegeben sind, kann eine ordentliche Grünpflege nicht durchgeführt werden.

Die Praxis zeigt: unsere GärtnerInnen besser als Private

Private sind weder besser noch günstiger. Gärtner/innen verdienen keine Millionen, werden aber nach Tarif bezahlt. Dies ist Grundvoraussetzung für engagierte Mitarbeiter die mit Herz, Seele und Verstand dabei sind. Gute Arbeit heißt nicht mit Hektik und billig, sondern, gut organisiert und strukturiert, somit eben fachgerecht und kostengünstig.

Kommunen, die privatisiert haben, also „gebrannte Kinder“ sind, erkennen zunehmend die Zeichen der Zeit. Zurück in die Eigenregie.

In Rüsselsheim hinkt der OB veralterten Parolen hinterher, die mittlerweile ins Land der Märchen zu verweisen sind. Kommunen wie Jena, Darmstadt oder Aachen haben wieder Stadtgärtnereien und Gartenämter. Die Konstellation Gartenamt, Umwelt und Planung sind die idealen Voraussetzungen für ein intaktes Stadtgrün. Eine privatisierte Grünpflege kann damit nicht konkurrieren.

Dienstleistungen, bei denen öffentliches Interesse besteht, dürfen nicht der reinen Marktlogik unterworfen werden, denn dies führt zu Verschlechterungen, z.B. der Qualität, den Umweltstandards, der Löhne, der Transparenz, der Arbeitsbedingungen, der politischen Einflussnahme und der Verfügbarkeit sowie zur Reduzierung von Arbeitsplätzen und zur langfristigen Verteuerung von Dienstleistungen. Kommunen, die in der Regel Mitarbeiter aus der Region beschäftigen, erhöhen die Kaufkraft, stärken die Identifikation mit der eigenen Kommune und erhalten Arbeitsplätze. Arbeitsplätze, die tarifgerecht bezahlt werden, müssen nicht durch ergänzende staatliche Hilfe finanziert werden und sichern der Kommune Lohnsteuereinnahmen.

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim

EDS-Streik – Rückblick und Ausblick



Software-Ingenieure als Barrikadenbauer – was hat es gebracht?

Fast ein Jahr nach dem fast 5-wöchigen Streik an 16 Standorten in Deutschland gegen Massenentlassungen und für die Absicherung von Sozialleistungen bei EDS (Electronic Data Systems), dem IT-Dienstleister u.a. für Opel/GM, gibt es für die nun vollständig in HP (Hewlett-Packard) integrierten Beschäftigten kein Durchatmen. Für 2010 sind wieder 281 Arbeitsplätze zum Abbau vorgesehen, davon 60 in Rüsselsheim. - War der Streik also vergebens?

Schauen wir uns die Ergebnisse der vom Streik begleiteten Verhandlungen vom Juli 2009 an. Erreicht wurde

- ein reduzierter Arbeitsplatzabbau, letztlich - durch gute Bedingungen eines Freiwilligenprogramms - ohne betriebsbedingte Kündigungen
- abgemilderte Folgen bei Standortschließungen sowie Weiterbestand eines zur Schließung vorgesehenen Standortes
- Weitergeltung von EDS Betriebsvereinbarungen auch nach dem Übergang zu HP (zu Arbeitszeit, Rufbereitschaft und Homeoffice; Weitergeltung des Rahmensozialplans)
- Weitergeltung der vorhandenen Betriebsrentenregelungen
- Erhalt der lokalen EDS-Betriebsratsstrukturen bis zur übernächsten Betriebsratswahl

Die Kolleginnen und Kollegen haben erkannt, dass Widerstand durchaus Erfolg haben kann. Viele nennen den Streik eine wichtige und gute Erfahrung ihres Lebens. Der Arbeitskampf hatte eine enorme Aufmerksamkeit in der gesamten IT-Branche und machte vielen anderen Mut, sich auch zu wehren und die Chancen gewerk-

schaftlicher Organisation zu ergreifen.

Was tun?

Die Globalisierung hinterlässt in der IT-Welt deutliche Spuren. Die mögliche Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer hat das Erpressungspotential der Geschäftsleitungen deutlich erhöht. Um hier dagegen zu halten braucht es starke Betriebsräte und gewerkschaftlich organisierte, solidarische Belegschaften. Offenbar ist dieses Erkenntnis schon weiter fortgeschritten. In vielen HP Betrieben haben die gewerkschaftsnahen Kandidaten und Listen bei den Betriebsratswahlen im März sehr gut abgeschnitten, es sind neue Mehrheiten entstanden. International konnten mit Hilfe der Gewerkschaften in Frankreich, England und Schweden Lohn- und Beschäftigungssicherungen nach Streiks oder Androhung von Streiks erreicht werden.

Um die bestehenden Herausforderungen zu meistern und weitere Ziele zu erreichen muss die internationale Vernetzung auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene verstärkt werden.

All dies gehört zum Einfachen, was schwer zu machen ist. Aber: „There is no alternative“.

Heinz-Jürgen Krug

Kinderarmut ausgeblendet

Diskussion um die Schulentwicklung in Rüsselsheim

Im fünfjährigen Turnus sind kommunale Schulträger verpflichtet, eine Fortschreibung ihrer Schulentwicklungsplanung vorzunehmen. Sicher ist dies in Rüsselsheim aktuell ein schwieriges Unterfangen, da die politischen Mehrheiten in der Stadt und im Land Hessen keine weitgehenden Übereinstimmungen in der Schulpolitik vermuten lassen. Vor diesem Hintergrund ist die Versuchung groß, brennende Fragen einer qualitativen Schulentwicklung hintan zu stellen und sich auf die quantitative Frage nach dem akuten Raumbedarf zu konzentrieren.

Sozialer Zündstoff

Ca. 50% aller Rüsselsheimer Schülerinnen und Schüler haben einen Migrationshintergrund und in Sachen Kinderarmut steht die Stadt im Kreis Groß-Gerau einsam an der Spitze. Die politisch Verantwortlichen der Stadt hätten also gute Gründe, die jetzt anstehende Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für eine gründliche Bestandsaufnahme der Rüsselsheimer Schullandschaft zu nutzen. Wenn 50 Prozent aller Kinder an einem Gymnasium angemeldet werden und ca. ein Drittel aller Kinder an oder unter der Armutsgrenze lebt, drückt sich die verschärfte soziale Spaltung der Gesellschaft offensichtlich auch in der Schulwahl aus. Die Schullandschaft hat sich seit den siebziger Jahren gravierend verändert. Während im Jahr 1970 in Deutschland (BRD) 56% aller Schüler/innen eine Hauptschule, 21% eine Realschule und 23% ein Gymnasium besuchten, ging der Anteil der Hauptschüler bis zum Jahr 2003 auf 24% zurück, während der Anteil der Schüler/innen, die ein Gymnasium besuchen auf 31% anstieg. Seitdem hat sich diese Tendenz fortgesetzt und in Rüsselsheim eine besondere Zuspitzung erfahren. Die Verteilung der Rüsselsheimer Schülerinnen und Schüler auf die einzelnen Schulformen bringt einen erheblichen sozialen und bildungspolitischen Zündstoff mit

sich, den es zur Kenntnis zu nehmen gilt.

Schulvielfalt untergräbt Chancengleichheit

Bei den vorgelegten Daten fehlt jeder Hinweis auf die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft, auf die jeweiligen Anteile von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Verlauf der Sekundarstufe I von den Gymnasien auf Haupt-, Real- und Gesamtschulen wechseln. Die sich verschärfende soziale Spaltung der Schülerschaft darf eine Schulentwicklungsplanung nicht ignorieren. Vor diesem Hintergrund ist die positive Bewertung der Schulvielfalt durch den Magistrat fatal, denn gerade der „Run“ auf die Gymnasien ist auch Ausdruck von sich verschärfender sozialer und ethnischer Segregation in der Stadt. Notwendig wäre es, Schritte zur Überwindung des gegliederten Schulsystems in den Blick zu nehmen. Deutschland steht wegen des gegliederten Schulsystems mittlerweile international in der Kritik. Für die Rüsselsheimer Schulentwicklung muss dies heißen, offensiv für ein längeres gemeinsames Lernen einzutreten - und in der Konsequenz eine Schule für alle bis zum 10. Schuljahr anzustreben, anstatt unreflektiert dem vordergründig zunehmenden Bedarf an Gymnasialplätzen



Ausgrenzung im Gesundheitssystem



In Deutschland leben 14% der Bevölkerung in Armut, darunter 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In Zahlen ausgedrückt, hat ein arbeitsloser Hartz IV-Empfänger oder ein Empfänger von Grundsicherung im Alter, alleinstehend, im Monat 359 € für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung. Inklusive der Stromkosten, Telefon, notwendiger Ergänzung von Bekleidung oder Hausrat, Bewerbungskosten und der Kosten für die Gesundheit.

Einem geringverdienenden Arbeitnehmer verbleibt nach Abzug von Miete und Heizkosten kaum mehr. Die Einführung der Praxisgebühren, die Zuzahlung zu Medikamenten und die Eigenbeteiligungsregelungen haben den Zugang zum Gesundheitssystem für von Armut betroffene Menschen bereits erheblich erschwert. Zwar wurde für diesen Personenkreis durch eine Befreiungsmöglichkeit darauf reagiert, doch muss zunächst bis zum Erreichen der Befreiungsgrenze gezahlt werden, es müssen Quittungen gesammelt werden, es müssen Anträge gestellt werden. Kinder sind von den Zuzahlungen ausgenommen, es darf aber nicht vergessen werden, dass auch die Fahrt des Kindes und einer Begleitperson mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu Ärzten und Fachärzten Geld kostet, ebenso wie das rezeptfreie Pflaster. Eine Untersuchung der Mainzer Universität Institut Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin 2008 kommt zum

Ergebnis, dass 65% der Befragten aus Geldmangel die vom Arzt verordneten Medikamente nicht kauften und 60 % Arzt- und Zahnarztbesuche unterlassen haben, weil sie die nötigen finanziellen Mittel für die Zuzahlungen nicht aufbringen konnten.

Arztbesuche werden hinausgeschoben so lange es geht, letztendlich auch, um peinlichen Situationen zu entgehen. Zum Beispiel der Anruf einer Arztpraxis in unserer Beratungsstelle: „Hier ist ein Herr, der weder zehn Euro Praxisgebühr hat noch eine Bescheinigung über die Befreiung. Wir können ihn nicht behandeln. Übernehmen Sie die Gebühr?“ Der Betroffene war gestürzt und hatte Schmerzen.

Die Gesundheitskosten erhöhen sich weiterhin. Einige Krankenkasse fordern jetzt einen Zusatzbeitrag von ihren Versicherten. In der Drucksache 16/4247 des Bundestages wird festgestellt, dass Bezieher von Hartz IV-Leistungen den Beitrag selbst tragen müssen. Es sei diesen Versicherten grundsätzlich zumutbar, die Krankenkasse zu wechseln, wenn diese einen Zusatzbeitrag erhebt.

Der Erhalt von Gesundheitsleistungen ist auf dem Weg, sich nicht am medizinischen Bedarf des Kranken zu orientieren, sondern an dessen finanzieller Möglichkeit, sich Hilfe einzukaufen.

Silvia Starck, Diakonisches Werk, Wohnungslosenhilfe

STOLPERSTEINE

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist!“



... werden in Rüsselsheim seit 2007 verlegt. Nach bisherigen Recherchen der Rüsselsheimer Aktion Stolpersteine müssen insgesamt 60-70 Steine in die Gehwege der Opelstadt eingelassen werden. Sie sollen im öffentlichen Raum gedankliche Anstöße geben, bei der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes vor Ort, aber auch an diejenigen erinnern, die schon 1933 den Mut zum Widerstand aufbrachten. Im Rahmen des Kunstprojektes „Stolpersteine“ des Kölner Bildhauers Gunter Demnig werden kleine Steine mit Messinginschriften vor den letzten frei gewählten Wohnorten unserer „verschwundenen Nachbarn“ ins Pflaster gesetzt. Hier in der unmittelbaren Nachbarschaft begann das Grauen und nicht erst in Auschwitz. Hier wurden unsere Nachbarn erst ausgegrenzt, dann verfolgt, abgeholt und deportiert. Damit werden kleine Denkmale direkt vor unsere Türen gesetzt und nicht verschämt in Parks, wo sie kaum Beachtung finden. Durch solche Nach-Denk-Zeichen wollen wir Bürger anregen, sich genauer mit den Entwicklungen vor Ort und der eigenen politischen und familiären Geschichte zu beschäftigen. Auch in der Hoffnung daraus soviel politische Sensibilität und Zivilcourage zu schöpfen, dass ähnliche Entwicklungen, wenn sie sich ankündigen, auf breiten Bürgerwiderstand stoßen.

Es gab Opfer, es gab Täter, es gab Mitläufer und Zuschauer.

Opfer wurden zu Tätern gestempelt. Wer waren diese Opfer? Rüsselsheimer Bürger/Innen jüdischen Glaubens, Menschen aus den politischen gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereichen, Behinderte und kranke Menschen, später ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Sie wurden denunziert, gefoltert, deportiert, erschossen und vergast aus „rassistischen“ oder „politischen“ Gründen. Wo ist deren Platz in unserer Erinnerung? Haben wir Plätze der Trauer und des Abschieds? Eine der Formen und Denkmäler im alltäglichen Leben sind die Stolpersteine. Sie lassen einen innehalten und machen das Vergangene gegenwärtig.

Im Vorfeld zum 1. Mai möchte ich speziell den jungen Arbeitern von damals gedenken, die sich nach der Machtergreifung 1933 in Rüsselsheim den Nazis in illegalen Gruppen entgegenstellten. Sie kamen aus Arbeiterfamilien aus dem Viertel „Alter Friedhof“: Bernhardstraße, Sittmanstraße, Mainzer Straße. Sie lebten und arbeiteten hier, hatten ihre Familien und Freunde, sie trafen sich schon vor der Machtergreifung, um gegen den Faschismus anzugehen. Es waren Gewerkschafter und sie schlossen sich,

im 5. Schuljahr nachzugeben. Dass dabei die Hauptschule abgeschafft wird, ist längst überfällig, denn sie bietet ihren Schülerinnen und Schülern keine Zukunftsperspektive mehr.

Vom Zauber der Inklusion

Von der Projektgruppe Bildung wird vorgeschlagen, dass sich Rüsselsheim der „Pionieraufgabe Inklusion und Integration an allen Regelschulen verpflichtet fühlen sollte“. Mit dieser Überlegung ist verbunden, dass die Borngrabenschule quasi in die allgemeinbildenden Schulen „integriert“ und ihr eigenes Gebäude somit überflüssig wird. Grundsätzlich steht die GEW dem Gedanken der inklusiven Schule positiv gegenüber. Das bedeutet aber nicht, dass die Voraussetzungen nicht kritisch geprüft werden müssen. Im internationalen Vergleich verfügen vor allem die Länder über eine inklusive Schule, in denen es kein gegliedertes Schulwesen gibt. Im Klartext: Die Voraussetzung für flächendeckende Inklusion ist eine Schule, die alle Schülerinnen und Schüler bis zum 10. Schuljahr gemeinsam unterrichtet also das Ende des gegliederten Schulwesens.

Unter dem Diktat der Konsolidierung

In Rüsselsheim steht eine neue Sparrunde an. Es ist zu befürchten, dass die Diskussion des Schulentwicklungsplanes für die kommenden fünf Jahre letztlich unter der Prämisse der möglichen Einsparungen geführt wird. Die Verlegung der Borngrabenschule und der Verkauf ihres attraktiven Geländes zur Wohnbebauung waren bereits im Jahr 2003 Thema und damals auf scharfen öffentlichen Protest gestoßen. Eine so wichtige Idee - wie die inklusive Schule - kann und darf aber nicht als Sparkonzept gedacht werden.

Bernd Heyl, Kreisvorsitzendenteam GEW Groß-Gerau

nachdem andere Gruppierungen nichts mehr unternahmen, dem kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) oder der KPD an. Anfang 1935 wurde die Gruppe durch eine Verhaftungswelle zerschlagen. Die Mitglieder wurden einzeln verhört, gefoltert, angeklagt, verurteilt: Ehrverlust, Zuchthaus, KZ, Wehrtüchtigungslager, Strafbataillon 999, Krieg, in Nord-Afrika, Griechenland, Gefangenschaft und Internierung waren die Folgen. Die dies überlebten, opferten 10 Jahre ihres jungen Lebens, durch ihr Engagement für Freiheit und Demokratie. Wieder zuhause angekommen waren die alten Aufpasser aus der Nazizeit schon wieder auf wichtigen Posten in den Verwaltungen, denn der kalte Krieg zeigte schon seine ersten Gesichtszüge an. Mit meinem Engagement in Sachen Stolpersteine möchte ich auch aufzeigen, dass es Menschen gab, die schon 1933 und davor die Gefahr des Faschismus erkannten und gegen den damaligen Strom der Zeit angingen. Dies waren kleine Leute aus unserer Stadt, keine Akademiker, Offiziere oder Rittergutsbesitzer, wie uns manche Geschichtsbücher überliefern. Junge Menschen, die den Mut und die Kraft hatten Widerstand zu leisten, - ihnen, ihrem Leben und Tun, heute und hier wieder ein Gesicht zu geben - dass sie nicht als Menschen und Mitbürger vergessen werden, bietet unsere Aktion „Stolpersteine“.

Hans Zinkeisen, Mitarbeiter der Aktion Stolpersteine

Kinderarmut – wie geht es weiter ?



Nachdem noch vor einiger Zeit Kinderarmut in der Stadt Rüsselsheim nicht beachtet wurde, ist sie nunmehr durch viele Aktionen, Berichte, Nachfragen nach Hilfe über das Projekt Schultafel und Schulranzenaktion, die hohe Kinderzahl der Kunden in der Rüsselsheimer Tafel und nicht zuletzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Neufestsetzung des Regelsatzes für Kinder im SGB II und SGB XII –Bereich bekannt und wird wahrgenommen.

Was wird aber getan im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, das von der europäischen Kommission für 2010 ausgerufen wurde?

Ausgrenzung durch Armut beginnt, wo Kinder nicht an Schulausflügen teilnehmen, weil ihre Eltern kein Geld dafür haben. Sie zeigt sich, wo Kinder in der Schule nicht mithalten können, weil sie zuhause z.B. keinen Platz haben, um Hausaufgaben zu machen oder weil die Nachhilfe unerschwinglich ist. Strukturelle Veränderungen sind hier notwendig:

- Keine Einschnitte bei den Ausgaben für Kinder, auch nicht bei den freiwilligen Leistungen der Kommunen
- Bildung muss Ziel der Politik bleiben. Bildungsstand und Zukunftschancen dürfen nicht von sozialer Herkunft abhängen. Alle Kinder müssen Zugang zu befähigenden Angeboten erhalten.
- Kostenfreier Zugang zu schulischen Bildungseinrichtungen, einschl. der Lehr- und Lernmittel
- Kostenfreie Verpflegung in Kindertagesstätten und schulischen Bildungseinrichtungen

- Familienpass für reduzierte und freie Eintritte in kommunalen Einrichtungen, z.B. öffentlicher Personennahverkehr, soziale und kulturelle Einrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Sportvereine
- Entwickeln von Konzepten zur Gesundheitsförderung von Kindern.

Die Ideenliste könnte noch weiter fortgeführt werden. Wichtig ist, dass bei den armen Kindern das ankommt, was sie zu einem guten Aufwachsen brauchen. Hierzu gehören nicht nur Essen, Trinken, Kleidung sondern auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe an Bildung, Teilhabe an Kultur und an den Chancen für eine gute Zukunft.

CaritasZentrum St. Georg
Gabriele Schilling

Ansprechpartner im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“:
Volkhard Guth, 06142/175211 Bernd Heyl, 06152/1877471 Gerhard Christ-Steinicke, 06144/41690 Hans-Peter Greiner, 06142/46798
Postanschrift: Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit Weisenauer Straße 31 65428 Rüsselsheim
Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

Was ist Soziale Gerechtigkeit?

Ungeachtet der lokalen Erfolge in der Abwehr neoliberal motivierter Politik hat sich die Gesellschaft im Verlauf der vergangenen 15 Jahre dramatisch zum Schlechteren verändert. Das „Diktat der Ökonomie“ hat den Sozialstaat massiv angegriffen und Lücken ins soziale Netz gerissen, die von einem nicht unproblematischen privaten Engagement nur teilweise gefüllt werden. Waren es zu Beginn der Tätigkeit des Aktionsbündnisses in Rüsselsheim ca. 900 Kinder die von Sozialhilfe lebten, so sind es mittlerweile über 2.000. Es setzt Gewöhnung ein.

Auch wenn im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund der Krise bereits das „Ende des Neoliberalismus“ verkündet wurde, bleibt ein sozial- und bildungspolitischer Richtungswechsel aus, wird der neoliberale Umbau der Gesellschaft als Ganzes nicht breit in Frage gestellt. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hat sich der fordernde Staat gegenüber dem den Lebensstandard sichernden Staat durchgesetzt, daran ändern auch die kosmetischen Korrekturen nichts, die jetzt an den Hartz-Gesetzen vorgenommen werden. Insbesondere auf kommunaler Ebene ist vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage mit einer neuen Welle von Einsparungen und Privatisierungsversuchen zu rechnen. Das Aktionsbündnis wird daher in Rüsselsheim in den nächsten Jahren mehr gebraucht als je.

Im Bewusstsein der veränderten Situation und der alten wie der neuen Aufgaben ändert das Aktionsbündnis seinen Namen in Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit. Mit dieser Namensänderung wollen wir eine intensive Diskussion darüber verknüpfen, wie der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ heute definiert und verstanden werden soll. Pfarrer Volkhard Guth skizziert Fragestellungen der aktuellen gesellschaftlichen Debatte und sozialpolitisch aktive Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer stellen ihre Positionen in Kurzstatements vor.



Soziale Gerechtigkeit: Anspruch auf gleiche Teilhabe an den Grundgütern

Gerechtigkeit ist ein ebenso hohes wie unbestrittenes politisches und moralisches Ideal. Wenn es um ihre Verwirklichung und damit um die Beseitigung von Ungerechtigkeit geht, wird man niemanden finden, der dagegen ist - jedenfalls niemanden, der das öffentlich zugibt.

Gerechtigkeit gilt in der westlichen Welt als zentrales Kriterium der Legitimation politischer und sozialer Verfahren und Einrichtungen. Ein ungerechter Staat ist kein legitimer Staat und eine ungerechte Gesellschaft ist keine gute Gesellschaft.

Verteilungsverhältnisse in der Kritik

Es fällt auf, dass insbesondere die bestehenden Verteilungsverhältnisse in Deutschland von vielen Seiten als ungerecht kritisiert werden. Diese Kritik richtet sich meist gegen hohe Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und das ungeheuerste soziale Gefälle. Der letzte Armutsbericht der Bundesregierung hat dies, genau wie der Sozial-Monitor des Kreises oder die Sozialdaten der Stadt, dokumentiert. Nutzen und Lasten, Profite und Kosten der gesellschaftlichen Zusammenarbeit sind ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt: Es ist genug für alle da. Dennoch fehlt vielen das Nötigste, während andere im Überfluss leben. Einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung von 2007 zufolge sind zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass es aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit erforderlich sei, den gesellschaftlichen Reichtum stärker umzuverteilen als dies bisher geschehe, um das soziale Gefälle und die Lebenslagen der Bürger einander annähernd anzugleichen.

Doch was ist Soziale Gerechtigkeit?

Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit beziehen sich auf die Verteilung der gesellschaftlichen Grundgüter. Güter, die notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung dafür sind, dass der Einzelne seine Grundbedürfnisse befriedigen, seine legitimen Interessen verfolgen und seine persönliche Vorstellung vom „guten Leben“ verwirklichen kann: Rechte, Freiheiten bzw. Chancen und Einkommen bzw. Vermögen.

Jede Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich auf diese Grundgüter. Wer unter sozialer Gerechtigkeit weniger versteht, oder meint er könne sie einzig unter Begriffen wie Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Familiengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit fassen, schränkt den Gerechtigkeitsbegriff unzulässig ein.

Dabei kann Soziale Gerechtigkeit sowohl als Eigenschaft von Verteilungsprozessen (Hayek) verstanden werden als auch als Eigenschaft von Verteilungsergebnissen (Rawls). Mit anderen Worten: Der Weg führt zum Ziel, oder: wichtig ist, was hinten raus kommt!

Der letzte Armutsbericht der Regierung hat auch deshalb eine Debatte ausgelöst, weil er erhebliche Zweifel daran geweckt hat, ob Verteilungsverfahren, die zu so ungleichen „Lebenslagen in Deutschland“ führen, tatsächlich noch als gerecht betrachtet werden können. Jede überzeugende Konzeption sozialer Gerechtigkeit muss deshalb beides bedenken: Prinzipien, die es erlauben, Verteilungsverfahren zu kritisieren, wenn diese zu inakzeptablen Ergebnissen führen, und solche, die es erlauben, die Gerechtigkeit von Verteilungsergebnissen unabhängig von ihren Verfahren zu bestimmen.



In unserem politischen und moralischen Denken spielt die Verknüpfung von Gleichheit und Gerechtigkeit eine große Rolle. Gleichheit als „Verfahrensprinzip“ verlangt die Gleichbehandlung bzw. die gleiche Berücksichtigung der Interessen aller Bürger. Als „Ergebnisprinzip“ fordert sie, dass im Resultat der Verteilung jeder Bürger über einen annähernd gleichen Anteil an den gesellschaftlichen Grundgütern verfügt.

Gesellschaftlicher Reichtum ungleich verteilt

Im Zentrum der Empörungen über den letzten Armutsbericht stand weniger die Tatsache, dass es Armut in Deutschland gibt, dass viele Menschen so gut wie gar nicht am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben, sondern vielmehr die Erkenntnis, dass ein so starkes Wohlstandsgefälle besteht und der gesellschaftliche Reichtum so ungleich verteilt ist. Erst der Kontrast zwischen arm und reich macht sichtbar,

dass es in unserer Gesellschaft tatsächlich genug für alle gibt und grundsätzlich niemand in Armut leben müsste. Auch nach der Krise setzen aktuelle Positionen zur sozialen Gerechtigkeit nicht mehr vorrangig auf diesen Wert der Gleichheit, sondern auf den des Wachstums. Dies, so will man uns glauben machen, wird durch das Bemühen um Gleichheit gebremst; durch ein ordentliches Maß an Ungleichheit jedoch gefördert. Kurz: Soziale Ungleichheit ist unter politisch Verantwortlichen heute kein Ungerechtigkeitsindikator mehr und hat kaum politische und moralische Bedeutung.

Die Empörung über ungleiche Güterverteilung wurzelt in der jüdisch-christlichen Grundüberzeugung, dass die Würde des Menschen unantastbar und aus dieser Würde heraus die Menschen gleich sind. Für die Beantwortung der Frage nach Sozialer Gerechtigkeit heißt das: Das Gleichheitsprinzip und der ihm zugrunde liegende Gleichheitsgedanke verlangen, dass allen Bürgern eines Staates Rechte, Freiheiten und existenzsicherndes Einkommen gleichermaßen zustehen, und dass alle Menschen aufgrund ihrer Würde bei der Verteilung dieser Güter bedacht und berücksichtigt werden müssen, bevor sie irgend etwas geleistet haben! Mehr noch: Jeder Mensch hat nicht nur einen Anspruch auf Teilhabe, sondern Anspruch auf gleiche Teilhabe an den Grundgütern. Die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit verlangt, dass alle Bürger dieselben Rechte haben und sie erfordert Chancengleichheit um die rechtlich garantierten Freiheiten auch nutzbar zu machen. Das bedeutet, auch die Lebenslagen der Einzelnen in bestimmten Hinsichten einander anzugleichen. Ein Verteilungssystem erreicht keine Chancengleichheit, wenn „immer dieselben“ zu den Verlierern gehören und immer dieselben zu den Gewinnern.

Somit ist die Forderung nach „gleichen Einkommen“ letztlich das Bemühen um eine substantielle Chancengleichheit. Dass nämlich das kritisierte soziale Gefälle gruppenspezifisch ist, dass immer dieselben betroffen sind - allein erziehende Mütter oder Menschen ohne Schulabschluss - illustriert, dass die ungleiche Verfügung über materielle Ressourcen auch zu ungleichen Chancen führt. Umverteilung von Vermögen und gesellschaftlichem Wohlstand ist also Mittel der Angleichung von Lebenschancen und das heißt der Verwirklichung gleicher Partizipations- und Mitbestimmungschancen.

Hier kollidieren Gerechtigkeit und Freiheit; eine sozial gerechte Gesellschaft, in der es keine Freiheit gibt, ist eine ebenso erschreckende Vorstellung, wie eine freie Gesellschaft, in der es keine soziale Gerechtigkeit gibt.

Doch sind politische Entscheidungen immer Ergebnis von Güterabwägungen. Und deren Ausgang hängt davon ab, welches Gewicht politische Ziele haben. Soziale Gerechtigkeit ist eins!

Volkhard Guth



Bedingungslose Anerkennung der menschlichen Würde

„Soziale Gerechtigkeit ist die gleichmäßige Verteilung von Gütern in einer Gesellschaft. Sie zielt darauf ab, alle in dieser Gesellschaft lebenden Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, Bildung und Stellung durch einen Existenz sichernden Unterhalt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Vor allem aber beruht die Soziale Gerechtigkeit auf der unbedingten bedingungslosen Anerkennung der Person in ihrer menschlichen Würde.“

Ingrid Reidt, Betriebsseelsorge Rüsselsheim/Bergstraße

Soziale Gerechtigkeit unterliegt zeitlichem Wandel

„Für mich ist soziale Gerechtigkeit nicht eindeutig definierbar. So unterliegt soziale Gerechtigkeit auch immer einem zeitlichen Wandel, z. B. war vor zehn Jahren ein Internetzugang für alle Schülerinnen und Schüler nicht unbedingt erforderlich, heute benachteiligt ein fehlender Internetzugang Schülerinnen und Schüler. Aber eins steht fest: soziale Gerechtigkeit unterliegt keiner „Automatik“, sie muss immer von uns eingefordert und erkämpft werden.“

Michaela Stasche, Stellvertretende ver.di Bezirksvorsitzende Südhessen



Wir brauchen die gesellschaftliche Ächtung der rigorosen Ausbeutung durch skrupellose Sklaventreiber

In der Sozialpolitik fallen wir hinter den preußischen Junker Bismarck zurück: Die Arbeitgeber werden ohne Not aus der paritätischen Finanzierung der Sozialausgaben entlassen. Wie uns die Börsenberichte lehren, gibt es eine Kopplung zwischen steigenden Aktienkursen und steigenden Arbeitslosenzahlen. Die Opfer dieses Vorgangs werden als Faulenzer und Sozialschmarotzer verhöhnt. Das Vermögen kleiner Leute und des Mittelstandes wird von verantwortungslosen Bankern verbrannt. Statt zur Verantwortung für ihre fatalen Fehlentscheidungen gezogen zu werden, erhalten sie milliardenschwere Hilfen aus Steuergeldern. Das erste, was sie damit tun, ist sich selbst Boni in erheblicher Höhe für ihre Fehlleistungen zu genehmigen. Und was macht die Politik? Sie finanziert sich, indem sie Audienzen gegen Geld gewährt, und wenn es sich mal so ergibt, die Geburtstagsfeier eines Bankers im Kanzleramt ermöglicht.

Wir brauchen keine akademische Gerechtigkeitsdiskussion, sondern die gesellschaftliche Ächtung der rigorosen Ausbeutung durch skrupellose Sklaventreiber, die mit wirtschaftlicher Macht Politik aushebeln und selbst im Privatbereich Menschen an den Rand ihrer Existenz treiben.

Manfred Volkmann

Soziale Gerechtigkeit: Das müssen wir schon selber tun!

Soziale Gerechtigkeit ist kein einmal zu definierender Zustand sondern ein Leitziel in der Auseinandersetzung mit denjenigen, die, weil davon profitierend, Interesse an ungerichten Zuständen haben. Zu erreichen, dass der Ausgleich erfolgt - und zwar global - und dass die Profiteure Buße zahlen - und zwar nach der Ordnung der Zeit in Bälde - dabei hilft uns kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, dass müssen wir schon selber tun. Eine bessere Organisation des Seienden ist möglich!

Heinz-Jürgen Krug, attac Gruppe Rüsselsheim



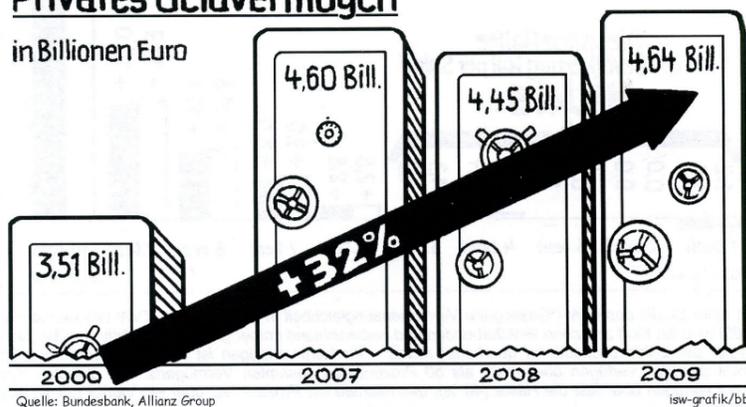
Stichwort: soziale Gerechtigkeit

Für mich bedeutet soziale Gerechtigkeit die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft. Demokratischer Staat und freiheitliche Gesellschaft werden nur bestehen können, wenn alle Menschen zumindest über diejenigen Güter verfügen, die zu einem menschenwürdigen, guten Leben notwendig sind, und nicht dauerhaft Angst um ihre Existenz haben müssen.

Hans-Peter Greiner, Katholische Arbeitnehmerbewegung Rüsselsheim

Privates Geldvermögen

in Billionen Euro



Was ist soziale Gerechtigkeit?

Diskussion über das Selbstverständnis des Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit

18. Juni 2010 um 17.00 Uhr
Bürgersaal Dicker Busch